

Niederschrift Nr. 4/2008-2013
über die Sitzung der **Gemeindevertretung**
am Donnerstag, 16. Juli 2009 um 18.00 Uhr
im Bürgerhaus Ernst und Elly Prüß in Ahrensbök

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Feststellung der Niederschrift Nr. 3/2008-2013 v. 19. Februar 2009
3. Bericht des Bürgermeisters
4. Feststellung der Jahresrechnung 2008
5. Finanzbericht für das 1. Halbjahr 2009
6. 1. Nachtragshaushalt 2009
 - Haushaltsplan
 - Stellenplan
 - Finanzplan und Investitionsprogramm
 - Haushaltssatzung
7. Neufassung der Spielgerätesteuersatzung
8. Aufhebung der Gemeindesatzung über das Offenhalten von Verkaufsstellen
9. Bericht über Eilentscheidungen des Bürgermeisters
10. Vorlage Verwaltungsgliederungsplan
11. Resolution der Gemeinde Ahrensbök an die LVS-S-H
12. Nutzung des Historischen Rathauses durch den Heimatverein

nichtöffentlicher Teil:

13. Ausschreibung von ÖPNV- und Schülerbeförderungsleistungen im Kreis OH

öffentlicher Teil:

14. Bekanntgabe des Beschlusses aus dem nichtöffentlichen Teil
15. Anfragen und Mitteilungen

Anwesend:

Bürgervorsteher Hans-Joachim Dockweiler als Vorsitzender der Gemeindevertretung

die Gemeindevertreter:

Karin Beythien
Michael Gertz
Frank Gruber
Klaus-Dieter Gruber
Hermann Hogreve
Jochen Humbke
Gerhard Jacobs
Gudrun Ott
Kläre Kühnapfel
Jürgen Rosenfeldt
Michael Schacht
Anja Steen
Ernst Vossage
Kurt Wilcken
Carsten Wulf

entschuldigt fehlen

die Gemeindevertreter:

Burkhard Jürß, Ernst-Otto Kickbusch-Eck und Matthias Grimm

ferner sind anwesend:

Bürgermeister Ekkehard Schaefer
FBL Roland Pohlmann
GA Thomas Hartstock
Oberamtsrat Hans Tylinski als Protokollführer
sowie viele Gäste.

Bürgervorsteher Hans-Joachim Dockweiler eröffnet gegen 18.05 Uhr die Sitzung der Gemeindevertretung. Er begrüßt die Anwesenden sowie die Vertreterin der Presse.

Sodann stellt der Bürgervorsteher fest, dass die Einladung und die Tagesordnung zu dieser Sitzung frist- und formgerecht zugegangen ist.

Entsprechend der Vorlage der Verwaltung wird die Tagesordnung zum Punkt 6 um die Finanzierung der Erweiterung des Betreuungsangebots für die Ev. Kita in Ahrensbök erweitert.

Darüber hinaus entfällt der TOP 11 –Resolution- und wird durch den neuen TOP 11 - vorübergehende Aussetzung der Ausschreibungs- und Vergabeordnung – ersetzt.

Beschluss:

Gesetzliche Anzahl der GV - Mitglieder	19
davon anwesend	16
Ja-Stimmen	16

Nein-Stimmen	-
Stimmenthaltungen	-

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Einwohnerfragestunde

Frau Silvia Nöthling, Gartenweg, kritisiert dessen Pflegezustand. Darüber hinaus seien die anliegenden Baugrundstücke der Fa. Lidl völlig verwahrlost und bedürfen der dringenden Pflege. Fahrzeuge die in den unteren Gartenweg einfahren, können nur wenden, wenn sie hierzu die Privateinfahrten nutzen. Hier müsse Ecke Danziger Straße ein Hinweisschild –keine Wendemöglichkeit- aufgestellt werden.

Hinsichtlich der geschilderten Pflegezustände sieht der Bürgermeister in erster Linie die Anlieger gefordert. Im übrigen wird die Verwaltung die Angelegenheit aufgreifen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt der Bürgervorsteher die Einwohnerfragestunde.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Genehmigung der Niederschrift Nr.3/2008-2013 v. 12.2.2009

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht des Bürgermeisters

Der Bürgermeister teilt mit, dass die letzte Sitzung der GV am 12.2.2009 war .

Zwischenzeitlich hat die Europawahl stattgefunden. Diverse kulturelle Ereignisse, u.a. Jubiläen der Feuerwehren in Verbindung mit Dorffesten, das Heimatfest und zuletzt das große Schulfest waren prägende Ereignisse der letzten Monate.

Ab 5. August 2009 wird im Bereich des Bauhofs ein Elektroschrottcontainer aufgestellt, den die Einwohnerinnen und Einwohner jeweils mittwochs von 16.00 Uhr bis 19.00 Uhr nutzen können. Das konkrete Angebot wird noch kurzfristig in der Presse und auf der Homepage der Gemeinde veröffentlicht.

Der Bürgermeister unterrichtet die Anwesenden, das in der Deponieangelegenheit Lebatz keinerlei Bewegung erfolgt ist. Nicht nur er geht daher davon aus, dass die Sache damit vom Tisch ist. GV Wilcken ergänzt, dass die gewünschte Deponie nicht in den Abfallwirtschaftsplan des Landes Schleswig-Holstein aufgenommen wurde. Ohne diese Berücksichtigung kann sie nicht verwirklicht werden.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Feststellung der Jahresrechnung 2008

Die Jahresrechnung 2008 wird nach vorausgegangener Prüfung nach § 94 GO auf Empfehlung des Hauptausschusses vom 9.6.2009 beschlossen.

Gesetzliche Anzahl der GV – Mitglieder	19
davon anwesend	16
Ja-Stimmen	16

Nein-Stimmen	-
Stimmenthaltungen	-

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Finanzbericht für das 1.Halbjahr 2009

Der Finanzbericht für das 1. Halbjahr 2009 wird durch den Bürgermeister erläutert und von der Gemeindevertretung zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

1. Nachtragshaushalt 2009

- Haushaltsplan
- Stellenplan
- Finanzplan und Investitionsprogramm
- Haushaltssatzung

6.1 Für die CDU-Fraktion teilt GV Klaus-Dieter Gruber mit, das der jetzt aufgestellte Nachtragshaushalt 2009 in der Ausgabe die Projekte Aula/ Mensa für die Arnesboken-Schule und den An – und Erweiterungsbau der Feuerwehr berücksichtigt. Zur Finanzierung haben sich auch Einnahmeverbesserungen über den Verkauf eines Gewerbegrundstücks ergeben, die den Nachtragshaushalt insgesamt erforderlich machen. Vor diesem Hintergrund findet er die volle Zustimmung der CDU-Fraktion.

Für die FWG teilt GV Wulf mit, dass die Einnahmen der Gemeinde in den letzten fünf Jahren um rund zwei Millionen Euro gestiegen sind. Dennoch wird alles direkt wieder ausgegeben, ohne das eine wirtschaftliche Verbesserung eintritt. Vielmehr soll die Verschuldung der Gemeinde nach der mittelfristigen Finanzplanung wieder erheblich ansteigen. Dies ist nach seiner Auffassung nicht hinnehmbar. –Steigerung der Personalkosten. Hinweis vom Bürgermeister, dass allein im letzten Jahr eine Tarifierhöhung von über 5 % war.

Für die SPD teilt GV Karin Beythien mit, das aufgrund der über den Nachtragshaushalt abgesicherten Projekte wie u.a. Aula/Mensa es hierzu keine Alternative gibt. Auch wenn notwendige Projekte die Gemeinde finanziell belasten, ist notwendiges Handeln immer besser als nichts zu tun.

Für die Verwaltung erläutert GA Hartstock abschließend noch einmal das Zahlenwerk des Nachtragshaushalts.

Im Anschluss wird en bloc über den 1. Nachtragshaushalt der Gemeinde abgestimmt.

Beschluss: Einstimmig

Gesetzliche Anzahl der GV – Mitglieder	19
davon anwesend	16
Ja-Stimmen	14
Nein-Stimmen	2
Stimmenthaltungen	-

6.2 Ausbau des Betreuungsangebotes im ev.-luth. Kindergarten Ahrensböök ab 01.08.2009 – befristet für ein Jahr

Entsprechend der Vorlage der Verwaltung beschließt die Gemeindevertretung dem Ausbau des Betreuungsangebotes insbesondere für Krippenkinder durch den ev.-luth. Kindergarten Ahrensbök bis 14.00 Uhr ab 01.08.2009 - begrenzt auf ein Jahr – zuzustimmen.
Die anteiligen Kosten im Haushalt 2009 hierfür werden ca. 5.000,00 € betragen. Diese Kosten werden erst im Haushaltsjahr 2010 fällig.

Gesetzliche Anzahl der GV – Mitglieder	19
davon anwesend	16
Ja-Stimmen	16
Nein-Stimmen	-
Stimmenthaltungen	-

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:
Neufassung der Spielgerätesteuersatzung

Die Satzung der Gemeinde Ahrensbök über die Erhebung einer Vergnügungssteuer für das Halten von Spiel- und Geschicklichkeitsgeräten (Spielgerätesteuersatzung) wird beschlossen. Der vorliegende Satzungsentwurf ist Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Gesetzliche Anzahl der GV - Mitglieder	19
davon anwesend	16
Ja-Stimmen	16
Nein-Stimmen	-
Stimmenthaltungen	-

Zu Punkt 8 der Tagesordnung:
Aufhebung der Gemeindegatsung über das Offenhalten von Verkaufsstellen

Die Gemeindegatsung über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen aus besonderem Anlass, so beschlossen von der GV in der Sitzung am 12.2.09 in der Gemeinde Ahrensbök, wird aufgehoben.
Bei begründeten Bedarf, so Bürgermeister Schaefer, wird eine Verordnung erlassen (z.B. Frühjahrs- oder Martinsmarkt).

Beschluss:

Gesetzliche Anzahl der GV - Mitglieder	19
davon anwesend	16
Ja-Stimmen	16
Nein-Stimmen	-
Stimmenthaltungen	-

Zu Punkt 9 der Tagesordnung:
Bericht über Eilentscheidungen des Bürgermeisters

Den Eilentscheidungen des Bürgermeisters in Sachen,
Grunderwerb Teilfläche Mühlenberg über 6.000,--€,

zusätzliche Ausgaben für Ortsentwässerung Gießelrade 8.000,--€,
 zusätzliche Ausgaben für Ortsentwässerung Tankenrade 7.000,--€,
 zusätzliche Ausgaben für Ortsentwässerung Havekost 8.000,--€,

werden gebilligt.

Beschluss:

Gesetzliche Anzahl der GV - Mitglieder	19
davon anwesend	16
Ja-Stimmen	16
Nein-Stimmen	-
Stimmenthaltungen	-

Zu Punkt 10 der Tagesordnung:
 Vorlage Verwaltungsgliederungsplan

Der Verwaltungsgliederungsplan als Mitteilung an die Vertretung gem. §55 Abs. 3 GO wird zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 11 der Tagesordnung:
Vorlage über die Änderung der Vergabeordnung der Gemeinde Ahrensbök

Entsprechend der Vorlage der Verwaltung und der Empfehlung des Hauptausschusses fasst die Gemeindevertretung folgenden Beschluss:

Für einen befristeten Zeitraum vom 15. März 2009 bis zum 15. November 2010 sind abweichend von §3 der Ausschreibungs- und Vergabeordnung der Gemeinde Ahrensbök

a) bei Bauleistungen beschränkte Ausschreibungen bis 1 Mio. Euro (ohne Teilnahmewettbewerb) und bei freihändigen Vergaben bis 100.000,- Euro Auftragswert netto

b) und bei Dienst- und Lieferleistungen beschränkte Ausschreibungen und freihändige Vergaben bis 100.000,- Euro Auftragswert netto möglich.

Gesetzliche Anzahl der GV – Mitglieder	19
davon anwesend	16
Ja-Stimmen	16
Nein-Stimmen	-
Stimmenthaltungen	-

Zu Punkt 12 der Tagesordnung:
 Nutzung des Historischen Rathauses durch den Heimatverein

Für die CDU – Fraktion stellt GV Gruber folgenden Antrag:

Die Bemühungen um einen Standortwechsel des Heimatmuseums Ahrensböök werden mit sofortiger Wirkung eingestellt

Das „Alte Rathaus“ wird nicht für andere Zwecke genutzt (z.B. Umsiedlung Polizeistation). In Zukunft soll auch die untere Etage für Museumszwecke zur Verfügung gestellt werden.

Nach Auffassung von GV Gruber leisten die vielen ehrenamtlichen Helfer seit Jahren hervorragende Arbeit. Das Museum hat sich an seinem jetzigen Standort hervorragend entwickelt. Zudem kommen neue Exponate von der Fielmann-Stiftung als zusätzliche Ausstellungsobjekte hinzu, so dass die Ausstellungsfläche erweitert werden muss. Vor diesem Hintergrund sollte dem Heimatverein jetzt auch die nötige Zukunftssicherheit gegeben werden. Für die Polizei soll die Verwaltung eine andere Lösung suchen.

Für die SPD-Fraktion kommt eine derartige Entscheidung zu früh, so GV Gudrun Ott. Die Fraktion möchte zunächst noch mit dem Heimatverein sprechen und sich informieren. Sie beantragt daher die Angelegenheit zu vertagen und zunächst im Fachausschuss weiter zu beraten. Die SPD-Fraktion hat das Schreiben des Heimatvereins erst vor ein paar Tagen erhalten.

Für die FWG-Fraktion schließt sich GV Wulf dem Antrag der SPD an. Auch seine Fraktion möchte zunächst ein Gespräch mit dem Heimatverein führen.

Bürgermeister Schaefer hält den vorgebrachten Antrag der CDU für bedenklich. Nach seiner Überzeugung sollte die Kultur auch entsprechend der bestehenden Konzeption im Bürgerhaus zusammengefasst werden. Zu berücksichtigen ist auch, dass der Heimatverein im Bürgerhaus ebenerdig und damit behindertengerecht untergebracht wäre. Die Räume im Erdgeschoss des Historischen Rathauses werden gegenwärtig regelmäßig auch durch den Seniorenbeirat, durch politische Gruppierungen sowie für Beratungsgespräche durch den Kreis OH und weitere Sozialverbände genutzt. Hinzu kommen diverse einmalige Nutzungen.

Bevor hier eine abschließende Entscheidung getroffen wird, sollte ein Museumsfachmann die in Rede stehenden Standorte untersuchen. Keinesfalls richten sich seine Bedenken gegen den Heimatverein. Dieser leistet hervorragende Arbeit. Die künftige Unterbringung sollte nicht schlechter sondern besser sein als die jetzige.

Die anwesende Vertreterin des Heimatvereins, Frau Lembke, erhält im Rahmen einer Sitzungsunterbrechung Gelegenheit, die Position des Heimatvereins zu erläutern. Sie begnügt sich damit, das Verhalten von SPD und FWG gegenüber dem Heimatverein zu kritisieren. Die Kritik gilt auch gegenüber dem verwaltungsseitig mit der Angelegenheit befassten büroleitenden Beamten Hans Tylinski, der nach Auffassung von Frau Lembke dem Heimatverein wichtige Informationen vorenthalten haben soll.

Für die SPD weisen GV Rosenfeldt und für die FWG GV Wulf die Kritik entschieden zurück. GV Rosenfeldt bedauert, dass die Vertreterin des Heimatvereins die Gelegenheit nicht genutzt hat über die inhaltliche Arbeit des Vereins zu berichten. Dennoch will er mit seiner Fraktion kurzfristig auf den Verein zugehen und sich konkret informieren. Zu dem neuen Antrag der CDU, die Beratung bis zur nächsten GV-Sitzung zu vertagen und dem Antrag der SPD, die Angelegenheit in den Fachausschuss zu verweisen, schlägt er vor, das Thema zunächst im Fachausschuss und abschließend in einer der nächsten GV-Sitzungen zu beraten.

Diesem Vorschlag stimmen alle Fraktionen zu.

GV Vossage bittet die Verwaltung die Überlegungen der Polizei noch einmal konkret zusammenzufassen und für die nächste Fachausschusssitzung einen entsprechenden Bericht vorzubereiten.

Gesetzliche Anzahl der GV - Mitglieder	19
--	----

davon anwesend	16
Ja-Stimmen	16
Nein-Stimmen	-
Stimmenthaltungen	-

Nichtöffentlicher Teil

Ohne Abdruck

Wiederherstellung des öffentlichen Teils:

Zu Punkt 14 der Tagesordnung:

Bekanntgabe des Beschlusses aus dem nichtöffentlichen Teil

Der Bürgervorsteher informiert über den gefassten Beschluss.

Danach unterstützt die Gemeinde Ahrensböök das Vorhaben des Kreises OH, künftig alle ÖPNV – und Schülerbeförderungsleistungen zentral auszuschreiben und damit kreisweit eine einheitliche Regelung zu erzielen. Von dem 1. Ausschreibungspaket des Kreises OH sind für Ahrensböök die bestehenden Linien 5515 und 5960 betroffen.

Zu Punkt 15 der Tagesordnung:

Anfragen und Mitteilungen

15.1 GV Rosenfeldt berichtet über die anlässlich der Begehung des Sportzentrums festgestellten Mängel. Was hier festgestellt wurde ist unglaublich. Nach seiner Überzeugung sind durch die diversen Unterhaltungsmängel Folgeschäden für die Gemeinde zu erwarten. Es handelt sich hierbei nicht nur um konkrete Fehlleistungen vor Ort. Er sieht hier auch Mängel und Mitverantwortung in der erforderlichen aber offensichtlich nicht durchgeführten Dienstaufsicht.

Derartige Vorgänge dürfen sich nicht wiederholen.

GV Gruber bittet die Verwaltung, wie durch GV Rosenfeldt vorgeschlagen, Kontakt zu den Vorwerker Heimen aufzunehmen und mögliche Dienstleistungen zu verhandeln. Der Bürgermeister berichtet, dass die Verwaltung sich hier bereits entsprechend auf den Weg gemacht hat.

15.2 Es war offensichtlich von der Verwaltung nicht gewollt, so GV Rosenfeldt, das Thema für die letzte Bauausschusssitzung auf die Tagesordnung zusetzen, obwohl die SPD-Fraktion einen entsprechenden Tagesordnungspunkt schriftlich beantragt hatte. Nachdem dies nun in der Sitzung selbst nachgeholt wurde, hat der Ausschuss schließlich aufgrund der fortgeschrittenen Zeit einige Tagesordnungspunkte, darunter auch die Biogasanlage vertagt. Für die Giselrader Einwohnerinnen und Einwohner bedauert er dies ausdrücklich und verspricht, dieses Thema in der nächsten Fachausschusssitzung zu behandeln.

15.3 Die für das Thema Abwasserentwicklung in den Ortschaften Havekost, Giselrade und Tankenrade zur Verfügung gestellten Unterlagen decken sich nicht mit den Informationen, die in den Ortschaften gegeben wurden. Insbesondere auch die Kosteninformation für die Einwohnerinnen und Einwohner war nicht ausreichend. Er beklagt die fehlende Sensibilität der

Verwaltung bei der Behandlung des Themas, ein Unding, wie derartige Dinge zum Kochen gebracht wurden. Die weitere Behandlung dieses Themas ist hierdurch völlig unnötig erschwert worden. Auch GV Wilcken vermisst die klare Aussage der Verwaltung zu den Kosten und unterlegt die Kritik von GV Rosenfeldt. Der Bürgermeister weist die Vorwürfe zurück. Die Dorfschaften seien frühzeitig und umfassend in die Entwicklungen eingebunden worden. In der Vergangenheit wurden die Wünsche der Dorfschaften stets berücksichtigt . Auch hier wird eine einvernehmliche Lösung mit den Dorfschaften gesucht.

GV Rosenfeldt bemängelt hier noch einmal das Krisenmanagement. Mit Ängsten und Nöten der Bevölkerung könne man nicht, wie hier von der Verwaltung vorgeführt, technisch umgehen.

Nachdem weitere Wortmeldungen nicht erfolgen, schließt der Bürgervorsteher die Sitzung der Gemeindevertretung gegen 19.50 Uhr.

.....
Bürgervorsteher (Datum:.....)

.....
Protokollführer (Datum:)